



Donnerstag, 12. Mai 2022, 17:00 Uhr
~11 Minuten Lesezeit

Die Gesundheitsherrschaft

Im Falle eines Inkrafttretens der angedachten WHO-Vertragsänderungen würde diese internationale Organisation zur globalistischen Weltregierung avancieren.

von Peter F. Mayer
Foto: kcube - kaan baytur/Shutterstock.com

Die Corona-Pandemie ist und war nie eine gesundheitliche oder medizinische Krise, es war immer

ein politischer Putsch, um unsere Grund- und Freiheitsrechte auszuhebeln. Mit der Übertragung weitgehender Exekutivgewalten über die Nationalstaaten an die WHO durch Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO soll praktisch die nationale Souveränität der Länder an eine Organisation übertragen werden, die von Oligarchen und den multinationalen Konzernen der Finanz-, Digital- und Pharmaindustrie kontrolliert wird.

Vom 22. bis 28. Mai 2022 wird die ultimative Kontrolle über die Gesundheitssysteme aller WHO Mitglieder, also fast aller Staaten weltweit, und damit über unsere nationale Souveränität dem leitenden Gesetzgebungsorgan der Weltgesundheitsorganisation, der Weltgesundheitsversammlung (WHA), zur Abstimmung vorgelegt, wie America Out Loud berichtet
(<https://www.americaoutloud.com/biden-handing-over-u-s-sovereignty-to-who/>).

Diese Bedrohung ist in neuen, von der Biden-Regierung vorgeschlagenen Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO
(

die auf der kommenden Konferenz vom 22. bis 28. Mai 2022 als „vorläufiger Tagesordnungspunkt 16.2“ vorgesehen sind.

Diese Änderungen werden den Generaldirektor der WHO ermächtigen, Gesundheitsnotfälle oder -krisen in jedem Land auszurufen, und zwar einseitig auch gegen den Widerstand des betroffenen Landes. Der Generaldirektor wird in der Lage sein, diese Gesundheitskrisen allein aufgrund seiner persönlichen Meinung oder seiner Einschätzung, dass eine potenzielle oder mögliche Bedrohung für andere Länder besteht, auszurufen.

Sollten die von der Biden-Administration vorgeschlagenen Änderungen verabschiedet werden, werden sie allein schon durch ihre Existenz und ihre Absicht die Unabhängigkeit und Souveränität der Mitglieds-Staaten drastisch beeinträchtigen. Die gleiche Bedrohung gilt **allen 193 Mitgliedsstaaten der UNO** (<https://www.worlddata.info/alliances/un-united-nations.php>), die alle der WHO angehören und 99,44% der Weltbevölkerung repräsentieren.

Diese Verordnungen sind ein „**verbindliches Instrument des Völkerrechts, das am 15. Juni 2007 in Kraft getreten ist**“ (<https://www.who.int/publications/i/item/9789241580410>). Die UN-Mitgliedsstaaten können gesetzlich verpflichtet werden, sie zu befolgen oder zu akzeptieren.

Der Ablauf

Am **18. Januar 2022 schickten Beamte der Biden-Administration** (https://nam12.safelinks.protection.outlook.com/?url=https%253A%252F%252Fapps.who.int%252Fgb%252Febwha%252Fpdf_files%252FWHA75%252FA75_18-

en.pdf%2523page%253D4&data=05%257C01%257C%257C36e34c2d8
0c84af367ec08da2c8a12b8%257C84df9e7fe9f640afb435aaaaaaaaaa
%257C1%257C0%257C637871268801626493%257CUnknown%257CT
WFpbGZsb3d8eyJWIjoiMC4wLjAwMDAiLCJQIjoiV2luMzIiLCJBTiI6Ik1
haWwiLCJXVCI6Mn0%253D%257C3000%257C%257C%257C&sdata=
3ezDwweCzTfCvQa1Gn52xor3h1DvZeWlnNzEg3XFO40%253D&reser
ved=0) der Weltgesundheitsorganisation diese umfangreichen Änderungen, um die Möglichkeiten der WHO zu stärken, sich einseitig in die Angelegenheiten von Nationen einzumischen, die lediglich im Verdacht stehen, einen „Gesundheitsnotstand“ zu haben, der andere Nationen betreffen könnte. Die US-amerikanischen Änderungen streichen eine kritische bestehende Einschränkung in den Vorschriften: „Die WHO konsultiert den Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich das Ereignis angeblich ereignet, und versucht, von ihm eine Bestätigung zu erhalten ...“ (**Seite 6, Artikel 9.1**

(https://nam12.safelinks.protection.outlook.com/?url=https://apps.who.int/gb/ebwha/pdf_files/WHA75/A75_18-en.pdf%23page=4&data=05%257C01%257C%257C36e34c2d80c84af367ec08da2c8a12b8%257C84df9e7fe9f640afb435aaaaaaaaaa%257C1%257C0%257C637871268801626493%257CUnknown%257CTWpbGZsb3d8eyJWIjoiMC4wLjAwMDAiLCJQIjoiV2luMzIiLCJBTiI6Ik1haWwiLCJXVCI6Mn0=%257C3000%257C%257C%257C&sdata=3ezDwweCzTfCvQa1Gn52xor3h1DvZeWlnNzEg3XFO40=&reserved=0). Durch die Streichung dieser und anderer Klauseln werden dem Generaldirektor der WHO alle Fesseln abgenommen, so dass er nach Belieben Gesundheitsnotfälle ausrufen kann.

Die Änderungen würden der WHO das Recht geben, wichtige Schritte zu unternehmen, um mit anderen Nationen und anderen Organisationen auf der ganzen Welt zusammenzuarbeiten, um die angebliche Gesundheitskrise einer Nation zu bewältigen, auch gegen deren erklärten Willen. Die Befugnis, Gesundheitsnotfälle auszurufen, ist ein potenzielles Instrument, um Nationen zu isolieren, einzuschüchtern und zu dominieren. Sie kann zur

Rechtfertigung der Ächtung und wirtschaftlicher oder finanzieller Sanktionen gegen die betroffene Nation durch andere Nationen dienen, die mit der WHO verbündet sind oder die der beschuldigten Nation schaden und sie kontrollieren wollen.

Wie viel Zeit haben wir, um die Änderungsanträge zu stoppen?

Der Inhalt der vorgeschlagenen Änderungen wurde erst am 12. April 2022 veröffentlicht

(https://nam12.safelinks.protection.outlook.com/?url=https%253A%252F%252Fapps.who.int%252Fgb%252Febwha%252Fpdf_files%252FWHA75%252FA75_18-en.pdf%2523page%253D4&data=05%257C01%257C%257C36e34c2d80c84af367ec08da2c8a12b8%257C84df9e7fe9f640afb435aaaaaaaaaaaa%257C1%257C0%257C637871268801626493%257CUnknown%257CTWFpbGZsb3d8eyJWIjoiMC4wLjAwMDAiLCJQIjoiV2luMzIiLCJBTiI6Ik1haWwiLCJXVCI6Mn0%253D%257C3000%257C%257C%257C&sdata=3ezDwweCzTfCvQa1Gn52xor3h1DvZeWlnNzEg3XFO40%253D&reserved=0), so dass nur wenig Zeit bleibt, um vor der geplanten Abstimmung zu protestieren. Wie bereits erwähnt, sind die Änderungen geplant und werden mit ziemlicher Sicherheit vom 22. bis 28. Mai 2022 beschlossen werden.

Die bestehenden WHO-Vorschriften hätten eine 18-monatige Frist vorgesehen, innerhalb derer ein Land seine Zustimmung zu den Änderungen zurückziehen kann, doch das soll gleichzeitig mit den anderen vorgeschlagenen Änderungen auf sechs Monate reduziert werden. Wenn die von den USA eingebrachten Änderungsanträge verabschiedet werden, könnte eine Mehrheit der Länder innerhalb der nächsten sechs Monate ihr individuelles Votum ändern und die Genehmigung rückgängig machen. Dies ist jedoch viel schwieriger, als den gesamten Prozess jetzt zu stoppen.

Wir müssen jetzt handeln, um die Verabschiedung der Änderungsanträge zu verhindern, und auch genügend Druck auf unsere Regierungen ausüben, damit sie den Anträgen nicht zustimmen. Wenn das scheitert und die Änderungsanträge auf der Mai-Tagung des WHO-Leitungsgremiums angenommen werden, müssen wir uns dann bemühen, eine Mehrheit der Nationen zu beeinflussen, damit sie mit „Nein“ stimmen.

Über die ebenfalls geplanten **Pandemieverträge** (<https://tkp.at/2022/04/21/der-pandemievertrag-macht-die-who-zur-weltregierung/>) wurde relativ viel geredet und berichtet. Gefährlicher sind aber diese Änderungen, da sie der WHO alle Rechte geben um gegen einzelne Länder vorzugehen. Sie werden fast überfallartig umgesetzt. Die Biden-Regierung und die EU-Kommission agieren dabei als Handlanger der Oligarchen und der Finanz-, Digital- und Pharmaindustriemonopole.

Ohne organisierten Widerstand werden die Änderungen auf jeden Fall verabschiedet

Am 26. Januar 2022 schickte die Ständige Vertretung der USA bei den Vereinten Nationen in Genf ein **einseitiges Memo an die WHO** (<https://geneva.usmission.gov/2022/01/26/strengthening-who-preparedness-for-and-response-to-health-emergencies/>), in dem bestätigt wurde, dass die Änderungsanträge versandt worden waren. Es enthielt auch einen kurzen Bericht von Loyce Pace, Assistant Secretary for Global Affairs HHS. Vor allem aber listete das Memo alle Nationen auf, die die US-Änderungen unterstützen. Die Größe und die Macht der Gruppe garantieren, dass die Änderungsanträge verabschiedet werden, wenn nicht erheblicher Druck von außen aufgebaut werden kann.

Im Folgenden sind die 20 Staaten sowie die Europäische Union aufgeführt, die die Änderungsanträge der USA unterstützen:

Albanien, Australien, Costa Rica, Dominikanische Republik, Guatemala, Indien, Jamaika, Japan, Kanada, Kolumbien, Monaco, Montenegro, Norwegen, Peru, Republik Korea, Schweiz, Großbritannien, Vereinigte Staaten von Amerika, Uruguay, Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU).

Die Europäische Union mit ihrer von Pharmalobbyisten dominierten Kommission, eine globalistische Organisation, gehört zu den größten Befürwortern einer Ausweitung der globalen Macht der WHO. Offenbar wäre es nötig, dass Nationalstaaten auf die EU Druck machen, die Anerkennung zurückzuziehen. Man sieht an dem Beispiel recht deutlich, wie undemokratisch die EU organisiert ist und wie sehr sie schon gegen die Interessen der Menschen handelt.

Mit den Staaten der EU sind es insgesamt 47 Länder, die die von den USA eingebrachten Änderungsanträge unterstützen. Sie alle haben sich dafür ausgesprochen, die WHO zu ermächtigen, einen möglichen oder potenziellen Gesundheitsnotstand oder eine Krise in einem Land trotz dessen Einwände und Verweigerung der Zusammenarbeit auszurufen. Um es noch einmal zu wiederholen:

Diese Änderungsanträge werden durchkommen, es sei denn, die Zivilgesellschaft in den USA und auf der ganzen Welt leisten einen sehr starken Widerstand.

Die Definition von „Gesundheit“ und der Zuständigkeitsbereich der WHO

Laut dem Vorwort zu den WHO-Bestimmungen gibt es keine spezifische Grenze dafür, was einen gesundheitlichen Notfall

darstellt, und er ist sicherlich nicht auf Pandemien beschränkt. Der **Zuständigkeitsbereich der WHO umfasst**
(<https://www.who.int/publications/i/item/9789241580410>):

„einen Geltungsbereich, der sich nicht auf eine bestimmte Krankheit oder Übertragungsart beschränkt, sondern ‚Krankheiten oder Gesundheitszustände, unabhängig von ihrem Ursprung oder ihrer Quelle, die eine erhebliche Gefahr für den Menschen darstellen oder darstellen könnten‘...“

Die enorme Reichweite der WHO wird auch durch die Anzahl der anderen Organisationen definiert, mit **denen sie zusammenarbeiten darf**
(<https://www.who.int/publications/i/item/9789241580410>), sobald sie einen Notfall oder eine Gesundheitskrise erklärt hat:

„Zu den anderen zuständigen zwischenstaatlichen Organisationen oder internationalen Gremien, mit denen die WHO gegebenenfalls zusammenarbeiten und ihre Aktivitäten koordinieren soll, gehören die folgenden: Vereinte Nationen, Internationale Arbeitsorganisation, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, Internationale Atomenergie-Organisation, Internationale Zivilluftfahrt-Organisation, Internationale Seeschifffahrts-Organisation, Internationales Komitee vom Roten Kreuz, Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften, Internationaler Luftverkehrsverband, Internationaler Schifffahrtsverband und Internationales Tierseuchenamt.“

Die **Präambel der WHO-Verfassung**
(<https://www.who.int/about/governance/constitution>) – getrennt von den Internationalen Gesundheitsvorschriften – fasst zusammen, was die WHO unter ihrem Auftrag versteht, die Weltgesundheit zu verbessern, zu lenken und zu organisieren:

Die WHO bleibt den in der Präambel der Verfassung dargelegten

Grundsätzen fest verpflichtet

- Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.
- Das Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit ist eines der Grundrechte eines jeden Menschen ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der politischen Überzeugung, der wirtschaftlichen oder sozialen Lage.
- Die Gesundheit aller Völker ist von grundlegender Bedeutung für die Verwirklichung von Frieden und Sicherheit und hängt von der uneingeschränkten Zusammenarbeit der einzelnen Menschen und der Staaten ab.
- Die Leistungen eines jeden Staates bei der Förderung und dem Schutz der Gesundheit sind für alle von Wert.
- Eine ungleiche Entwicklung in den verschiedenen Ländern bei der Förderung der Gesundheit und der Bekämpfung von Krankheiten, insbesondere von übertragbaren Krankheiten, ist eine gemeinsame Gefahr.
- Die gesunde Entwicklung des Kindes ist von grundlegender Bedeutung; die Fähigkeit, in einer sich verändernden Gesamtumwelt harmonisch zu leben, ist für diese Entwicklung wesentlich.
- Die Ausdehnung des Nutzens medizinischer, psychologischer und damit zusammenhängender Kenntnisse auf alle Völker ist eine wesentliche Voraussetzung für die größtmögliche Verwirklichung der Gesundheit.
- Die informierte Meinung und die aktive Mitarbeit der Öffentlichkeit sind von größter Bedeutung für die Verbesserung der Gesundheit der Menschen.
- Die Regierungen haben eine Verantwortung für die Gesundheit ihrer Völker, die sie nur durch die Bereitstellung angemessener gesundheitlicher und sozialer Maßnahmen gerecht werden können.

In Anbetracht der Einschätzung der WHO hinsichtlich der Breite ihrer gesundheitlichen Anliegen, Pflichten und Ziele kann fast jede Art von problematischer Situation, die die Menschen eines Landes

betrifft, als Gesundheitsproblem betrachtet werden. Nach dem Ansatz der WHO wäre es in der Tat schwierig, irgendein wichtiges nationales Problem zu finden, das kein potenzielles Gesundheitsproblem wäre. Mit der bevorstehenden Verabschiedung der von den Amerikanern unterstützten Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften wird die WHO freie Hand haben, diese weitreichenden Definitionen von Gesundheit zu verwenden, um in jedem beliebigen Land eine Krise auszurufen.

Die weitreichenden neuen Befugnisse der WHO

Die weitreichenden neuen Befugnisse werden dem Generaldirektor der WHO übertragen, damit er selbstständig handeln kann. Der Generaldirektor ist Tedros Adhanom Ghebreyesus, allgemein bekannt als Tedros. Tedros, der erste nichtärztliche Generaldirektor der WHO, ist ein äußerst umstrittener Aktivist und Politiker aus Äthiopien, der von China bei seiner Wahl 2017 gegen Konkurrenten massiv unterstützt wurde. Der „liebe Freund von Anthony Fauci“ wurde 2022 ohne Opposition für eine zweite fünfjährige Amtszeit wiedergewählt.

Nach den neuen Bestimmungen ist die WHO nicht mehr verpflichtet, das betreffende Land vorher zu konsultieren, um das Ereignis zu „verifizieren“, bevor sie Maßnahmen ergreift. Diese Anforderung ist in den US-Änderungen gestrichen (Artikel 9.1). Die Änderungsanträge verlangen eine Antwort innerhalb von 24 Stunden von der identifizierten Nation, oder die WHO wird sie als „Ablehnung“ bezeichnen und unabhängig handeln (Artikel 10.3). Wenn die identifizierte Nation „das Angebot zur Zusammenarbeit nicht innerhalb von 48 Stunden annimmt, teilt die WHO ... den anderen Vertragsstaaten unverzüglich die ihr vorliegenden Informationen mit ...“ (Artikel 10.4).

Wie weitreichend die Befugnisse der WHO sind, zeigt sich daran, dass sie das Recht erhält, mehrere andere UN-Organisationen einzubeziehen, einschließlich derjenigen, die sich mit Lebensmitteln und Landwirtschaft, Tiergesundheit und Umweltprogrammen befassen, „oder andere relevante Einrichtungen“ (Artikel 6.1). Auch hierfür ist die Zustimmung des betreffenden Landes nicht erforderlich. Die Zielnation ist außerdem verpflichtet, der WHO alle relevanten Gensequenzdaten zu übermitteln. Und wie wir gesehen haben, wird im Vorwort zu diesen Verordnungen eine viel größere Anzahl potenzieller Kooperationspartner genannt.

Nach den vorgeschlagenen Vorschriften würde die WHO selbst „Frühwarnkriterien zur Bewertung und schrittweisen Aktualisierung des nationalen, regionalen oder globalen Risikos, das von einem Ereignis unbekannter Ursachen oder Quellen ausgeht, entwickeln und aktualisieren...“ (Neuer Artikel 5). Das gesundheitsgefährdende Ereignis kann so unspezifisch sein, dass es „unbekannte Ursachen oder Quellen“ hat. Somit erhalten Tedros und alle künftigen Generaldirektoren der WHO uneingeschränkte Befugnisse, um ihre Interventionen zu definieren und dann umzusetzen.

Die vorgeschlagenen Verordnungen ermöglichen in Kombination mit den bestehenden Verordnungen Maßnahmen der WHO, „wenn der Generaldirektor auf der Grundlage einer Bewertung gemäß diesen Verordnungen zu der Auffassung gelangt, dass eine potenzielle oder tatsächliche gesundheitliche Notlage von internationalem Belang vorliegt...“ (Artikel 12.2). (Artikel 12.2). Das heißt, Tedros muss nur „feststellen“, dass ein „potenzielles oder tatsächliches“ Risiko besteht.

EU-Politiker fordern weitere Machtausweitung der WHO

Es gibt eine **zunehmende Debatte über eine weitere Ausweitung der Befugnisse der WHO**

(https://www.theepochtimes.com/proposal-of-sanctions-on-countries-disobeying-who-pandemic-response-rules-concerning-author_4405091.html), um unkooperative oder abweichende Nationen zu bestrafen. Einige haben Alarm geschlagen, dass die WHO zu viel Macht auf Kosten der nationalen Souveränität erhält.

Andere wiederum fordern eine Stärkung der Möglichkeiten der WHO, Länder zu sanktionieren, die sich nicht an die Vorschriften halten. In Anlehnung an die jüngsten Pläne der Regierung Biden fordern einige Länder „nationale und globale koordinierte Maßnahmen, um gegen Fehlinformationen, Desinformation und Stigmatisierung vorzugehen, die die öffentliche Gesundheit untergraben.“ Der deutsche Gesundheitsminister Jens Spahn hat vorgeschlagen, „dass Länder, die ihren Verpflichtungen gegenüber der WHO nicht nachkommen, mit Sanktionen rechnen müssen.“ Deutschland scheint sich überhaupt zum Sanktionsweltmeister zu entwickeln. Tedros sagte: „Vielleicht ist es wichtig, die Sanktionen zu untersuchen.“

Wir müssen uns vor Augen führen, dass diese von den Amerikanern unterstützten Änderungen ein großer Schritt in Richtung eines freiwilligen Verzichts der Nationen auf ihre Souveränität für die Neue Weltordnung oder den Großen Reset sind – und dass ohne starken Widerstand die Ratifizierung der Änderungen eine ausgemachte Sache ist. Unser Erfolg oder Misserfolg bei der Verhinderung der Ratifizierung dieser Änderungsanträge wird das Muster für die Zukunft festlegen, einschließlich der laufenden Bemühungen der WHO, rechtlich bindende Verträge zu schließen, die die Nationen ihrer Souveränität berauben.

Präsident Biden hat kürzlich dem Business Round Table – den

Präsidenten und CEOs der reichsten 200 Unternehmen in Amerika – gesagt, dass sie die **wachsende Neue Weltordnung anführen müssen** (<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2022/03/21/remarks-by-president-biden-before-business-roundtables-ceo-quarterly-meeting/>):

„Und jetzt ist eine Zeit, in der sich die Dinge verschieben. Wir werden – es wird eine neue Weltordnung geben, und wir müssen sie anführen. Und wir müssen den Rest der freien Welt dabei vereinen.“

Das rundet ab was das WEF und Klaus Schwab vorhaben und im „Great Reset“ beschrieben haben. Die Macht soll komplett und offizielle auf eine kleine Schicht von Oligarchen und die größten multinationalen Konzerne übertragen werden. Die WHO ist ihr Werkzeug.

Also, wenn es einen neuen Impfstoff gibt, dann ordnet die WHO Impfpflicht an. Vermutlich gibt es dann mindestens zweimal im Jahr eine neue Impfung. Und wenn die Digitalindustrie dann einen neuen Überwachungs-App hat, dann ordnet die WHO einfach die verpflichtende Verwendung an. Aus gesundheitlichen Gründen, versteht sich.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Beitrag erschien zuerst unter dem Titel „**Neue Vertragsänderungen sollen WHO zur globalistischen Weltregierung machen**“ (<https://tkp.at/2022/05/08/neue-vertragsaenderungen-sollen-who-zur-globalistischen-weltregierung-machen/>) bei **tkp** (<https://tkp.at/>).



Peter F. Mayer ist Publizist im Bereich Science & Technology. Nach dem Physikstudium war er einige Jahre in der IT-Branche und Softwareentwicklung tätig. Danach wechselte er in den Journalismus als Herausgeber und Chefredakteur bei **Telekom-Presse** und **pfm – Magazin für Infrastruktur und Technologie** und arbeitete in der Chefredaktion der **HighTech Presse**. Er verfasste Beiträge für **Die Presse, Salzburger Nachrichten, ORF, Profil, Wienerin** und andere. Er ist überzeugter Vater zweier Töchter.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International)** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert.
Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.